

Ein Weg mehr zum Abitur

Bremervörde. Die CDU wird vor der Entscheidung über die Einführung der Oberschule in Bremervörde eine Elternbefragung beantragen. Das hat am Dienstag nach der Diskussionsveranstaltung über die neue Schulform im Hotel Daub der designierte Parteivorsitzende Marko Prietz gesagt. Dabei werde es insbesondere um die Frage gehen, ob die Oberschule mit einem gymnasialen Zweig ausgestattet werden soll. Von Rainer Klöfkorn



Diskutierten über Oberschule und Schulbildung in Niedersachsen: Axel Müller von der Hauptschule (von links), Dr. Michael Schröder, Marko Prietz, Landtagsmitglied Kai Seefried sowie die Schulleiter Jürgen Börner (Realschule) und Karl-Heinz Bartels (Gymnasium). Foto: Klöfkorn

Rund 50 Anwesende, darunter der Landtagsabgeordnete Hans-Heinrich Ehlen, hörten zunächst die Gründe, die die CDU/FDP-Landesregierung zu einer erneuten Änderung der Schulstruktur veranlasste. Damit werde auf die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen reagiert, vor allem den Rückgang der Kinderzahlen, argumentierte Ehlen's Kollege Kai Seefried (CDU) aus Stade. Trotz aller Anstrengungen sei es zudem nicht gelungen, die Hauptschulen in ihrer Substanz und Attraktivität zu stärken. Landesweit erreichten nur noch 70 Prozent dieser Schulen die vorgeschriebene Mindestgröße. Für viele Eltern scheide die Hauptschule von vornherein aus.

Daher biete das Land jetzt den Städten und Gemeinden an, auf freiwilliger Basis Oberschulen anstelle von Haupt- und Realschulen zu gründen. Ob mit oder ohne gymnasialen Zweig bleibe den Kommunen

vorbehalten. Zu den Vorteilen der Oberschule gehöre die größere Durchlässigkeit, da sie von der Hauptschule bis zum Gymnasium alle Schulformen unter einem Dach anbiere. Zudem erlaube sie den ländlichen Regionen eine wohnortnahe Beschulung. Wie berichtet, haben Gnarrenburg und Selsingen schon für das nächste Jahr Oberschulen mit gymnasialem Zweig beantragt.

Wird eine Oberschule in Bremervörde eingerichtet, habe sie nur Sinn mit diesem Angebot, argumentierte auf dem Podium Realschulrektor Jürgen Börner: „Sonst ist sie nicht mehr als die bloße Zusammenlegung von zwei Schulen.“ Mit einem gymnasialen Zweig biete sie jedoch verschiedene Wege zum Abitur an.

„Warum eine Nachahmung, wenn wir das Original am gleichen Ort haben?“, setzte Börners Kollege Karl-Heinz Bartels entgegen. Der Leiter des Gymnasiums sah das größte Problem in dem freien Elternwillen. Viele Eltern schickten ihre Kinder entgegen der Empfehlung auf seine Schule. „Wäre nicht der Elternwille, könnte wir in Bremervörde alle gut leben“, meinte Bartels, der eine solide Bildungsmittelinstanz als notwendig bezeichnete.

Vom Imagegewinn her könne er einer Oberschule zustimmen, sagte Hauptschul-Konrektor Axel Müller, doch die statistischen Zahlen machten die Gründung für Bremervörde nicht unbedingt sofort erforderlich. Lukas Voss, Vorsitzender der CDU-nahen Schüler-Union, befürchtete durch die Zusammenlegung einen Qualitätsverlust für Realschüler und sprach sich für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems aus.

Fakt sei, entgegnete Börner, dass die Eltern dieses System nicht mehr akzeptierten. Die Oberschule sei auch keine Konkurrenz zum Gymnasium, sondern eine Ergänzung: „Es gibt Schüler, die länger bis zum Abitur brauchen.“ Damit sah Bartels das Klischee bedient, wonach jedes Kind in der Lage sei, das Abitur schaffen zu können.

Unterstützung kam von Dr. Michael Schröder, der aus Sicht der Wirtschaft die Lage analysierte: „Wir brauchen nicht noch mehr Akademiker.“ In Deutschland sei die Zahl der Facharbeiter stark rückläufig. Viele Firmen suchten bereits im Ausland – vorwiegend in Osteuropa – nach Arbeitskräften. Das sei die falsche Entwicklung, folgerte der Geschäftsführer der Bremervörder Firma D. Schröder KG: Es müsse vielmehr zielsicher auf den notwendigen Bedarf zugesteuert werden.

Die Beton- und Stahlbauer in seinem Betrieb genossen Hochachtung, nannte er ein Beispiel, sie seien gut bezahlte Spezialisten. Umso schlimmer sei es, dass es keinen Nachwuchs für diesen Beruf gebe.

Schröder übte auch grundsätzliche Kritik: Anstatt ständig am Schulsystem herumzudoktern, sollte die Politik das Schwergewicht wieder mehr auf den Unterricht legen: „Wir brauchen Ruhe in den Schulen, damit die Lehrer unterrichten können und sich nicht nur mit Strukturen befassen müssen.“ In

Niedersachsen seien die Schulen dagegen viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt.

Der Ansatz der Oberschulen sei, erwiderte Kai Seefried, die Schüler stärker auf den beruflichen Weg oder das Abitur in den Berufsbildenden Schulen vorzubereiten. Die neue Schulreform sei auch ein Kompromiss zwischen der Forderung nach Gesamtschulen und den Befürwortern des Schulsystems. Der Christdemokrat: „Deshalb sollen auch die Verantwortlichen vor Ort selbst die für die ihre Kommune richtige Lösung finden.“

Die Bremervörder CDU, zog Diskussionsleiter Marko Prietz das abschließende Fazit, sei derzeit für eine Einführung der Oberschule ab dem Schuljahr 2012/13. Ob mit oder ohne gymnasialen Zweig müsse noch entschieden werden – nicht jedoch ohne eine vorherige Elternbefragung. Prietz: „Vorher werden wir uns nicht festlegen.“

Weil wir Facharbeiter brauchen, sollten wir den Kindern nicht die Chance auf das Abitur verbauen.

Ein Teilnehmer in der Diskussion

Wenn die Entwicklung anhält, wird die Oberstufe des Bremervörder Gymnasiums in sechs Jahren nur noch zweizügig sein.

Karl-Heinz Bartels

Ohne gymnasialen Zweig verkommt die Oberschule zur Restschule.

Jürgen Börner

Die Oberschule soll Oberschule heißen, weil sie den Weg bis zum obersten Abschluss frei hält.

Kai Seefried

Artikel vom 19.05.11 - 07:14 Uhr